

Integrations- und Jugendpolitik in den Wahlprogrammen 2009 von CDU/CSU und FDP

Stand: Sept. 2009

(Hervorhebungen durch BAG EJSA)

CDU/CSU

I. Wir konzentrieren uns in den kommenden vier Jahren auf folgende zehn Punkte:

- Unser Land soll **Bildungsrepublik** werden. Bildung darf keine Frage des Einkommens der Eltern sein. Wir wollen unser Bildungsangebot weiter ausbauen. Damit unterstützen wir auch die Familien. Auch dies ist ein wichtiger Beitrag, Deutschland familienfreundlicher zu machen.
- Wir wollen ein **gutes Zusammenleben von Einheimischen und Migranten** ermöglichen. CDU und CSU haben Integration zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gemacht. Deutschland ist Integrationsland. **Fördern und Fordern stehen dabei im Mittelpunkt. Gute Sprachkenntnisse und gute Bildung** sind unverzichtbar. Wer die **Werte unserer Gesellschaft und Deutschland** als seine Heimat annehmen will, wird seine Chance in unserem Land bekommen und ist uns herzlich willkommen.

Chancen eröffnen – Chancengesellschaft verwirklichen (27-28)

Unsere nachhaltige Politik achtet die Rechte künftiger Generationen. Im Interesse der Zukunft unseres Landes brauchen wir selbstbewusste und solidarische junge Menschen, die für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft aufgeschlossen sind, und sich gesellschaftlich und politisch engagieren. Jugendpolitik für alle Jugendlichen in Deutschland ist gleichermaßen Familienpolitik, Bildungspolitik, Integrationspolitik und Sozialpolitik. Gerechte Chancen für alle Kinder und Jugendlichen in unserem Land sind die Grundlagen einer zukunftsorientierten Kinder- und Jugendpolitik. Keiner darf verloren gehen. Jeder hat eine faire Chance verdient.

- Wir werden die **Förderung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit** fortsetzen. Die vielfältige Jugendarbeit in den Jugendverbänden, Jugendringen der offenen Jugendarbeit, der kommunalen Jugendarbeit und in den Jugendbildungsstätten ist ein Erfolgsmodell.
- Wir geben keinen jungen Menschen verloren, nur weil er in der Schule oder Berufsausbildung schlecht gestartet ist. Alle Jugendlichen haben Stärken und Talente. **Wir setzen mit einer Initiative JUGEND STÄRKEN auf flexible Netzwerke, Allianzen und eine Bündelung von Ressourcen.** Kreative Lösungen

gelingen nur durch **die intelligente Zusammenarbeit von bestehenden Einrichtungen, Diensten und Angeboten vor Ort**, insbesondere durch die Kooperation **mit Trägern der Jugendsozialarbeit sowie durch Selbsthilfe der Betroffenen**.

Gerechte Chancen in der Bildungsrepublik

Gute Bildung für alle braucht Chancengerechtigkeit von Anfang an. **Die deutsche Sprache** ist der Schlüssel für Bildung und Ausbildung. Wir unterstützen die **gezielte Sprachförderung vor der Schule, verbindliche Sprachstands-Tests für alle Kinder im Alter ab vier Jahren und eine intensive Förderung bei erkannten Defiziten sowie unterrichtsbegleitende Sprachprogramme**.

Der Auftrag von Schule und Lehrern geht über die Vermittlung von Wissen weit hinaus.

Junge Menschen brauchen Werte und soziale Tugenden, um ihr Leben erfolgreich zu meistern. Hier ist vorrangig das Elternhaus in der Pflicht, doch auch den Schulen kommt hohe Bedeutung zu. CDU und CSU treten dafür ein, **dass konfessioneller Religionsunterricht in allen Ländern zum Kanon der Pflichtfächer** zählt. Neben dem evangelischen und katholischen Religionsunterricht soll bei Bedarf **auch Unterricht in anderen Religionen in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrern und unter staatlicher Schulaufsicht** angeboten werden.

- Eine gute Ausbildung ist die beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit. Unser duales Ausbildungssystem hat in Deutschland einen entscheidenden Beitrag zu einer der niedrigsten Arbeitslosenquoten unter Jugendlichen im europäischen Vergleich geleistet. Die berufliche Ausbildung in Schule und Betrieb bietet jungen Menschen Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Neue Ausbildungsplätze bleiben auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten unser vorrangiges Ziel. Wir wollen den erfolgreichen Ausbildungspakt mit der Wirtschaft über 2010 hinaus fortführen. Jeder junge Mensch muss die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten. Das bewährte duale System wollen wir durch die kontinuierliche Fortentwicklung der Ausbildungsberufe an veränderte wirtschaftliche und technologische Anforderungen anpassen.

Vorfahrt für Integration (33-35)

Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf, für Mitwirkung und sozialen Aufstieg. Die **Integrationskurse** haben sich zum wichtigsten Instrument der Sprachförderung entwickelt. Durch stärkeres Fördern und Fordern wollen wir die erfolgreiche Teilnahme weiter erhöhen. **Bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, Deutsch sprechen können**. Um ihrer Erziehungsverantwortung jederzeit nachkommen zu können, sind **Migranteneltern gefordert, Deutsch zu lernen**. Sie tragen Verantwortung dafür, dass ihre Kinder Deutsch lernen sowie für deren kontinuierliche Förderung und Entwicklung. **Der frühe Kontakt zu Kindern mit deutscher Muttersprache ist für den Spracherwerb von Migrantenkindern von großer Bedeutung**.

Wir wollen **die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen verstärken**. Eine **frühe Förderung** hilft insbesondere auch Zuwandererfamilien. Um dem Einzelnen und seinen Begabungen gerecht zu werden, **brauchen Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Familien mehr Lehrerinnen und Lehrer, darunter auch solche mit Migrationserfahrung**.

Wir stehen zum bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsschulangeboten. Unser Ziel ist, **die Zahl der Schulabbrecher bis 2012 zu halbieren und das Bildungsniveau der Migrantenkinder an das Bildungsniveau der einheimischen Kinder anzugleichen**.

- Die **Mitarbeit in Vereinen** bietet besondere Chancen zur Integration. Das wollen wir nutzen und fördern. Das Engagement vermittelt die positive Erfahrung der gesellschaftlichen Anerkennung.
- Unter dem Motto „Muslime in Deutschland – Deutsche Muslime“ wurde im Jahr 2006 die **Deutsche Islam Konferenz** ins Leben gerufen. Sie ist die Plattform für einen dauerhaft angelegten Dialog zwischen Staat und Muslimen in unserem Land. Wir wollen diesen erfolgreichen Dialog fortsetzen, der auch die Differenzen zwischen den Partnern nicht ausklammert und bereits einen wertvollen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis geleistet hat.
- Wir wollen das neu entwickelte **Instrument der Fortschrittsberichte zur Integration** nach verbindlichen Maßstäben konsequent einsetzen und aus den Ergebnissen jeweils zügig die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Der „**Nationale Integrationsplan**“ hat Schluss gemacht mit der **als Liberalität missverstandenen Gleichgültigkeit gegenüber entstehenden Parallelgesellschaften und vermeidbaren Konflikten**.
- Die EU-Mitgliedstaaten müssen auch künftig die Zuständigkeit behalten, über Zuwanderung in nationaler Verantwortung entscheiden zu können. Die **Bestrebungen der EU, das Asylrecht EU-weit weitestgehend einheitlich zu regeln, würden zu einer Aufweichung des deutschen Asylkompromisses führen. Wir lehnen sie deshalb ab**.
- Der Wille zur Einbürgerung ist das aktive Bekenntnis zu unserem Land und das Bekenntnis zu den Werten unseres Grundgesetzes. Die **Annahme unserer Staatsbürgerschaft ist – verbunden mit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit – ein starkes Zeichen der Zugehörigkeit zu unserem Land und zur wechselseitigen Verantwortung seiner Bürger**. Sie bringt die vollen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Sie kann Integration nicht ersetzen und ist kein Mittel, sondern stärkster Ausdruck einer erfolgreichen Integration.
- Ein **generelles kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen wir ab**, denn es eröffnet keine volle Partizipation als Bürgerin oder Bürger. Stattdessen werben wir dafür, dass Ausländer, die schon über Jahre in Deutschland leben, arbeiten und gut integriert sind, die Möglichkeit nutzen, unsere Staatsbürgerschaft anzunehmen. Eine **Voraussetzung für die Einbürgerung sind ausreichende deutsche Sprachkenntnisse**. Mit **CDU und CSU wird es keine Aufweichung der im Jahr 2007 gesetzlich verankerten Sprachanforderungen** geben.

- In den nächsten zehn Jahren werden rund 300 000 junge Erwachsene entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten. Wir wollen sie dafür gewinnen, **ihre deutsche Staatsangehörigkeit zu behalten und Ja zu sagen zu unserem Land**. Eine **generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften** lehnen wir dabei ab. Um festzustellen, ob sich das **Optionsmodell** bewährt, wollen wir **Erfahrungen in der praktischen Anwendung des Optionsrechts sammeln und auswerten**. Soweit rechtliche und praktische Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Modells erkennbar werden, wollen wir diese beheben.

- Bislang ist Deutschland viel zu wenig Zielland für die besten Köpfe der Welt. Wir wollen daher die **Attraktivität Deutschlands für Hochqualifizierte aus Deutschland und der Welt** steigern. Unzureichend genutzte Potenziale der nach Deutschland Zugewanderten und der Aussiedler wollen wir besser ausschöpfen. Wir wollen die **Anerkennung der im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen** verbessern und dafür **eine zentrale Anlaufstelle** einrichten. Gleichzeitig setzen wir alles daran, das heimische Potenzial an Qualifikationen und Fachkräften zu nutzen.

- Wir wollen die Teilnahme **zugewanderten Frauen und Mädchen aus allen Kulturkreisen am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben** fördern. Dafür brauchen wir **eine Bildungs- und Ausbildungsoffensive für Migrantinnen**. Auch auf die Aufklärung über **Menschenrechte, Bürgerrechte und Sozialrechte und auf die Sensibilisierung für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern** muss großes Augenmerk gelegt werden. Frauen mit Migrationshintergrund spielen für die Integration von Zuwandererfamilien eine zentrale Rolle. Daher stehen wir Frauen im Integrationsprozess zur Seite und stärken Zuwanderinnen, die sich in einer Notsituation befinden. Mädchen und junge Frauen müssen an **allen Angeboten des schulischen Lebens** teilnehmen können. Wir wollen ihre Bildungsmöglichkeiten verbessern, damit sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben unseres Landes teilhaben können.

- Wir wollen die **Erwerbsquote der Frauen mit Migrationshintergrund** erhöhen. Sprachangebote wurden bereits in den Integrationskursen speziell für Frauen zugeschnitten und durch eine Kinderbetreuung zugänglicher gemacht. Die fast **600 000 Migrantinnenunternehmerinnen und -unternehmer** leisten heute einen großen Beitrag für die deutsche Volkswirtschaft. Sie haben eine Vorbildfunktion. Durch **gezielte Beratung und Qualifizierung wollen wir bestehende Migrantinnenunternehmen stärken und neue Existenzgründer gewinnen**.

- **Zwangsverheiratung** ist eine Verletzung unseres freiheitlich-demokratischen Werteverständnisses und eine eklatante Menschenrechtsverletzung. Im Kampf gegen Zwangsehen werden wir einen **eigenständigen Straftatbestand für Zwangsheirat einführen**. Die sexuelle Ausbeutung von Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution muss unter Strafe gestellt werden.

Zur aktiven Bürgerschaft ermutigen. (37f.)

Wir messen den **christlichen Kirchen** eine große Bedeutung für das geistige Klima und das menschliche Miteinander in Deutschland zu. Religionsgemeinschaften

vermitteln Werte, die einen positiven Einfluss auf unsere Gesellschaft ausüben. Mit ihrem Engagement sind sie Teil unseres Landes. Wir achten religiöse Bekenntnisse. Sie stiften für viele Menschen den Sinn ihres Lebens und tragen so zur Wertorientierung bei.

- Wir wissen: Die Präsenz der **christlichen Kirchen** und der vielfältigen **mit ihnen verbundenen Organisationen** im öffentlichen Raum leistet einen **unverzichtbaren Beitrag, die in der christlich- abendländischen Tradition wurzelnden Wertgrundlagen unseres Gemeinwesens zu festigen** und an kommende Generationen weiterzugeben. Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten mit vielfältigen Verbänden vor allem auf dem **Feld der sozialen Dienste, in der Pflege, im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich eine hervorragende Arbeit**. Am besonderen Verhältnis von Staat und Kirchen im Grundgesetz, wozu die Kirchensteuer gehört, halten wir deshalb fest. Ausdruck der bewährten Partnerschaft sind auch die Seelsorge an den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und die theologischen Fakultäten an deutschen Universitäten.

Die Arbeit **der Wohlfahrtsverbände und privaten Organisationen** sowie **der vielfältigen Selbsthilfegruppen** sind für eine menschliche Gesellschaft unverzichtbar.

Wir werden für mehr Anerkennung für das Ehrenamt sorgen und ehrenamtlich Engagierte von Bürokratie entlasten. Wir dringen auf die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit und geleisteten Freiwilligen-Jahren in den Berufsbiografien. Wir wollen die Einrichtung von Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagenturen anstoßen und fördern. Wir wollen die Ehrenamtskarte als ein zentrales Element der Ehrenamtskultur weiterentwickeln.

- Dienstleistungen zur **organisatorischen Unterstützung von Jugendfreiwilligendiensten**, die für einzelne Vereine in deren Dachverbänden erbracht werden, sind **bisher umsatzsteuerpflichtig**. Das werden wir ändern und Ungleichbehandlungen der Sportvereine im Kinder- und Jugendhilferecht beseitigen. Das **bürgerschaftliche Engagement mit und von Zuwanderern zur Gestaltung des Zusammenlebens wirkt identitätsstiftend**. Es vermittelt die positive Erfahrung gesellschaftlicher Anerkennung. Wir wollen es daher besonders fördern. **Gerade der Sport ist dabei ein wichtiger Vorreiter**. Er vermag es, Menschen über die Grenzen der Sprachen, Kulturen und Religionen hinweg zusammenzubringen und dabei Werte und Normen zu vermitteln. Gemeinsam mit dem organisierten Sport sind Fortschritte etwa bei der Ausbildung von Übungsleitern und der Gewinnung ehrenamtlicher Helfer erzielt worden. **Über den Sport wollen wir weitere Verbesserungen bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland erreichen**.

Deutschlands Einheit vollenden (42f.)

Aufgrund der relativ hohen Abwanderungsraten und des Einbruchs der Geburtenrate sind die ostdeutschen Länder in stärkerem Maße vom demografischen Wandel betroffen als die westdeutschen Bundesländer. Zur Gestaltung des demografischen

Wandels setzen wir uns **für neue Formen der Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur** (interkommunale Zusammenarbeit) ein. Insbesondere wollen wir eine stärkere **Förderung einer familiennahen Infrastruktur, um jungen Menschen eine Perspektive in geringer besiedelten Regionen** aufzuzeigen. (S. 42)

Freiheit und Sicherheit für die Bürger

Kinder- und Jugendkriminalität nimmt immer brutalere Formen an. Die Täter werden immer jünger. Kinder- und Jugendkriminalität können nur dann wirkungsvoll bekämpft werden, wenn **Prävention, Strafverfolgung, Strafvollstreckung und Opferschutz frühzeitig und konzeptionell zusammenwirken**. Der Rechtsstaat muss wachsam bleiben, falls erforderlich gesetzlich nachjustieren und entschlossen mit jungen Straftätern umgehen. Dazu gehört auch, dass Sanktionen rasch spürbar sein müssen.

- Wir wollen, dass das **Jugendstrafrecht differenziertere Sanktionen** vorsieht, um noch besser auf den einzelnen Täter einwirken zu können. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass **neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe die Anordnung eines „Warnarrests“ möglich** ist. Jugendliche Straftäter müssen frühzeitig - nicht erst nach einer langen kriminellen „Karriere“ - mit einem **therapeutischen Gesamtkonzept ein Leben mit fester Struktur und Respekt vor Anderen** lernen. Um die Verantwortung für das eigene Handeln bewusst zu machen, sind **Jugendliche stärker zur Wiedergutmachung zu verpflichten**. Für **Täter ab einem Alter von 18 Jahren wollen wir bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts zum Regelfall, das Jugendstrafrecht zur Ausnahme machen**. Wir treten dafür ein, das Fahrverbot oder die Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als eigenständige Sanktion im Jugendstrafrecht zu verankern und den Anwendungsbereich auf alle Arten von Straftaten zu eröffnen.

Für uns gilt: Wer in Deutschland lebt, muss sich auch an unsere Regeln halten. Zur **Abwehr der Gefahren durch kriminelle Ausländer und durch Terrorismusverdächtige wollen wir das Ausweisungsrecht konsequent vereinfachen**. **Ausländer müssen bereits bei einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung ausgewiesen werden können**. Dies soll auch bei **ausländischen jugendlichen Intensivtätern** möglich sein. Ein **Aufenthaltstitel soll bei einer rechtskräftigen Verurteilung wegen vorsätzlicher Straftaten zu mehr als drei Jahren Freiheitsstrafe kraft Gesetzes erlöschen**. Ein **neuer Ausweisungstatbestand soll für massiv integrationsfeindliches Verhalten** geschaffen werden – wie etwa **die Erziehung zur Gewalt** oder die **Misshandlung Schutzbefohlener**.

CDU und CSU halten eine **nationale Visa-Einlader- und Warndatei** für dringend geboten, um Visummissbrauch effektiv zu bekämpfen. Gefälschte und erschlichene Visa für Deutschland und Europa werden von der Organisierten Kriminalität in großer

Zahl eingesetzt, um vielfältige Delikte bis hin zu Menschenhandel und Zwangsprostitution zu begehen. Auch besteht die Gefahr, dass so Terrorgruppen Täter einschleusen.

Der Umfang **rechtsextremistischer Straftaten** ist zunehmend besorgniserregend. Die Ursachen für rechtsextremistische Einstellungen zu beheben, ist erklärtes Ziel von CDU und CSU. Nur durch langfristiges Engagement und nachhaltige Prävention wird die Ausbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts verhindert... Hierzu gehört die Stärkung der Bürgergesellschaft. Wir werden die **Unterstützung der bürgerschaftlichen Projekte**, die **Arbeit der demokratischen politischen Nachwuchsverbände im Ring Politischer Jugend (RPJ)** und **Aussteigerprogramme gegen Extremismus** weiterentwickeln und dabei Schwerpunkte in gefährdeten Regionen setzen. Ausstiegsprojekte werden wir konsequent weiter fördern.

Wachsamkeit ist auch gegenüber dem **Extremismus islamistischer Gruppen** geboten, der sich regelmäßig mit Antisemitismus verbindet. Wir werden nicht zulassen, dass Deutschlands freiheitliche Grundordnung durch islamistische, an der Scharia orientierten Ordnungsvorstellungen ausgehöhlt wird. Wir werden für eine **konsequenter Überwachung und Sanktionierung antisemitischer und antiwestlicher Propaganda in islamistischen Zeitungen, Büchern und Webseiten** sorgen.

FDP

Extremismus und Antisemitismus (28f.)

Die FDP fordert, dass **Programme zur Bekämpfung von Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus, besonders bei Jugendlichen, verstärkt werden**. Dazu schlagen wir eine **Drei-Säulen Initiative** vor: Eine **Intensivierung** der Programme für den **Ausstieg** gewaltbereiter und gefährdeter Jugendlicher; Angebote für jugendliche Aussteiger aus der rechten Szene hinsichtlich **schulischer und beruflicher Qualifizierung; Gewaltpräventionsprogramme an Schulen und in der Jugendarbeit**. Außerdem müssen in der Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus wesentlich stärker als bisher Ursachen und Handlungsweisen bekämpft werden. Antisemitismus gilt es konsequent zu bekämpfen. Jahr für Jahr werden in Deutschland Straftaten begangen, die sich gegen Menschen jüdischen Glaubens richten. Grund zur Sorge gibt auch das hohe Ausmaß an latentem Antisemitismus. Die FDP macht sich für eine Bekämpfung des Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft stark. Während der Islam als Religion sehr wohl mit dem Grundgesetz kompatibel ist, lehnt der Islamismus als politisch motivierte Ideologie Demokratie, Marktwirtschaft, Pluralismus und Menschenrechte ab. Der Islamismus ist somit weder mit dem Grundgesetz noch mit den Überzeugungen der FDP vereinbar. Wir Liberale treten religiösem Fundamentalismus entschieden entgegen und stärken damit auch prodemokratische religiöse Organisationen und Einzelpersonen.

Toleranz und Respekt durch eine Politik der Vielfalt fördern (36f)

Die FDP will **mehr als Antidiskriminierungsgesetzgebung**. Wir wollen eine **neue Kultur der Vielfalt in der Gesellschaft**. Wir begrüßen daher **betriebliche „Diversity-Strategien“**, die Unterschiede zwischen Arbeitnehmern als innovations- und kreativitätsfördernd schätzen. Vielfalt wert zu schätzen heißt allerdings nicht, alle Menschen einfach gleich zu behandeln. Gleichmacherei wird den unterschiedlichen Talenten und Bedürfnissen der Individuen in keiner Weise gerecht, sondern verhindert die gezielte bedarfsgenaue Förderung.

Deutschland ist ein **Einwanderungsland**. Liberale sehen das Zusammenleben verschiedener Kulturen als Chance und Bereicherung an. Die FDP plädiert für eine **rationale Integrationspolitik**, die Integrationsprobleme nicht verschweigt. Deutschland hat **Nachholbedarf** in der Integrationspolitik. Die FDP will **die individuelle, auch nachholende Integration**. Die **Steuerung der Zuwanderung durch die Einführung eines Punktesystems ist überfällig**. Das Auswahlverfahren zielt in erster Linie auf hoch qualifizierte Arbeitnehmer verschiedenster Berufe, **von denen ein Beitrag zur wirtschaftlichen Fortentwicklung** unseres Landes zu erwarten ist. Aber auch Fachkräfte aus anderen Kategorien sollten unter zusätzlichen Voraussetzungen eine Chance auf Zuwanderung haben, wenn der Arbeitsmarkt dies speziell erfordert.

Die FDP steht für eine **humanitäre Zuwanderungspolitik** auf Grundlage des **internationalen Flüchtlingsrechts**. Die Zusammenarbeit im Einwanderungs- und Asylbereich auf EU-Ebene **darf nicht zu einem Absenken auf das niedrigste Niveau** führen. **Jeder Zuwanderer ist in erster Linie selbst gefordert, für sich und seine Familie Verantwortung zu übernehmen.** Unverzichtbare Voraussetzung sind vor allem das **Beherrschen der deutschen Sprache, Kenntnis und Achtung unserer Verfassung und deren Grundwerte sowie die Bereitschaft zur Integration** auf beiden Seiten. Die Integration kann jedoch **auch durch doppelte Staatsbürgerschaft** gefördert werden, wie die vielen Fälle von gut integrierten Mitbürgern mit Doppelstaatsbürgerschaft zeigen. **Der beste Weg zur Integration ist, wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen.** Jeder Mensch, der rechtmäßig oder geduldet in Deutschland lebt, **soll das Recht haben, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen.**

Um **die sprachliche Integration** qualitativ nachhaltig zu verbessern, sind **die Integrationskurse stärker nach Zielgruppen und Vorkenntnissen zu differenzieren und zu erweitern.** Insbesondere für **Frauen sind nachholende Integrationsangebote** zu eröffnen. Wir brauchen **mehr interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung und in den Gesundheitsberufen.**

Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht einschränken (S. 41)

Die Freiheit, einen religiösen Glauben persönlich zu leben und öffentlich zu bekennen oder dies nicht zu tun, gehört zu den Grundsätzen der Liberalen. Toleranz und Respekt vor der Glaubensüberzeugung des Anderen gehören zu den wichtigsten Voraussetzungen für ein gedeihliches und friedliches Miteinander in Staat und Gesellschaft.

Liberaler bekennen sich zur **weltanschaulichen Neutralität des Staates**. Wir halten an dem Kooperationsprinzip fest, nach dem Staat und Religionsgemeinschaften je eigenständig und zugleich im Sinne des Gemeinwohles aufeinander bezogen sind. Die FDP setzt auf die **Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften** durch den Staat. Entscheidend ist, dass das Menschen- und Gesellschaftsbild der jeweiligen Religionsgemeinschaft die Werteordnung der Verfassung achtet.

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten einen positiven Beitrag zur Gestaltung des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Immer noch bestehende Vorurteile gilt es abzubauen. Häufig bildet Unwissen den Nährboden für Vorurteile. Es ist Aufgabe der Länder, in den jeweiligen **Lehrplänen für Curricula zu sorgen, die Vorurteile gegenüber Religionen abbauen,** indem sie umfassend über diese informieren.

Im Hinblick auf die gewünschte Einbindung nichtkirchlicher Religionen sollen im Sinne der **Gleichbehandlung im Einvernehmen mit den betroffenen Religionsgemeinschaften rechtliche Regelungen** gesucht werden.

Bildung ist Bürgerrecht.

Wir brauchen ein gerechtes Bildungssystem, das jedem den bestmöglichen Abschluss nach Begabung und Leistung ermöglicht, **unabhängig von der sozialen Herkunft**. Wir brauchen ein **intelligent organisiertes Bildungssystem**, das sich flexibel den schnellen Veränderungen in unserer Arbeitswelt anpasst. Wir brauchen ein **leistungsfähiges Bildungssystem**, das auf den Prinzipien von **Chancengleichheit, Wettbewerb, Freiheit und Eigenverantwortung** basiert. Wir brauchen ein **flexibles Bildungssystem**, das von den **Fesseln der staatlichen Überregulierung und der Bürokratisierung** befreit ist. Wir brauchen ein **engagiertes Bildungssystem**, das **Initiative und individuelles Engagement** fördert. Wir brauchen ein **besser finanziertes Bildungssystem**. Gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind die öffentlichen Ausgaben für die Bildung in Deutschland zu gering. Wir vertreten einen **umfassenden Bildungsbegriff, der den Menschen in seiner Vielfalt in den Mittelpunkt** stellt. Ziel und Selbstverständnis einer liberalen Bildungspolitik ist es **nicht nur Wissen sondern auch Werte** zu vermitteln. Die eigenen Fähigkeiten zu kennen und aus eigenem Antrieb ein eigenverantwortliches Leben zu führen, und sich kritisch mit seiner Umwelt auseinander zu setzen zu können sind Grundlage einer liberalen Bürgergesellschaft, wie wir sie uns vorstellen. Bildung ist ein elementarer Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung.

Im **vierten Lebensjahr müssen Kinder verpflichtend auf ihren sprachlichen Entwicklungsstand** geprüft werden. Kinder mit Schwächen sollten dann intensiv und – im Vorgriff auf die Schulpflicht – verbindlich gefördert werden, zum Beispiel im Rahmen der Start-Klasse. Ab dem **fünften Lebensjahr wollen wir eine verbindliche Schulvorbereitung**, in der Begabungen gefördert und Schwächen systematisch behoben werden.

Bundesweit **vergleichbare Qualitätsstandards im Bereich der vorschulischen Bildung** helfen, die Arbeit in den Einrichtungen der vorschulischen Bildung weiter zu verbessern. Kitas soll die Möglichkeit gegeben werden, mit einem nach externer Evaluation vergebenen Gütesiegel um Eltern zu werben. Zur Förderung von Talenten und zur Behebung von Defiziten in der Entwicklung der Kinder ist der Einsatz von entwicklungsdiagnostischen Instrumenten wie Tests und systematisierten Beobachtungen erforderlich.

Nur ein durchlässiges Bildungssystem sichert faire Aufstiegschancen. **Schulempfehlungen dürfen keinen unumkehrbaren Bildungsweg mehr zementieren**. Auch zwischen den einzelnen Bildungsstationen muss die Durchlässigkeit erhöht werden. **Übergänge sollen besser koordiniert werden. Schulen und Kitas**, aber auch die einzelnen Schulen untereinander, sollten in **einem Netzwerk** miteinander kooperieren. Dies kann in autonomer Regie der Bildungseinrichtungen vor Ort geschehen

Berufliche Bildung - lebensbegleitendes Lernen stärken (46f.)

Die berufliche Bildung stellt ein zentrales Element der Innovationsfähigkeit eines Staates dar. Nur wenn junge Menschen eine qualitativ gute Ausbildung haben, werden sie dauerhaft im Arbeitsleben bestehen können. Das duale Ausbildungssystem hat sich in Deutschland seit Jahrzehnten bewährt. Eine der wichtigsten Stärken besteht in der Verankerung der beruflichen Ausbildung in den Betrieben. Hier ist ein enges Zusammenwirken von Schule und Betrieben notwendig. Die berufliche Weiterbildung als lebensbegleitendes Lernen ist eine starke Säule des Bildungssystems. **Förderangebote für Schulabgänger im Übergang in eine berufliche Ausbildung** müssen in enger Abstimmung mit dem Berufsausbildungssystem erfolgen. Ziel dieser Fördermaßnahmen muss die Einmündung in eine berufliche Ausbildung sein und darf nicht zu einer „Maßnahmenkarriere“ führen.

Ausbildungsgänge müssen flexibler und modular aufgebaut werden. Dabei sollen in so genannten „Grundmodulen“ berufsfeldbreite Kompetenzen, die mehreren Berufen gemeinsam sind, erlernt werden. In den „Kernmodulen“ werden berufstypische Fertigkeiten und Fähigkeiten erlernt, die dann auch die Abgrenzung der Berufe voneinander begründen. Spezialmodule mit Wahlmöglichkeiten sollen branchentypische Geschäftsfelder fassen und Spezialisierungen ermöglichen.

Für diejenigen **Auszubildenden, die einen intensiven Förderbedarf** haben, muss **unbürokratisch auch eine längere Ausbildungszeit** möglich sein.

Berufsschulen bilden einen wichtigen Eckpfeiler der beruflichen Ausbildung. Die Ausbildung soll in der Regel im Betrieb erfolgen. Dabei sind überbetriebliche Ausbildungszentren eine Möglichkeit, um Ausbildungsinhalte zu vermitteln, die von kleinen, oft spezialisierten Betrieben nicht abgedeckt werden können. Am Ende jeder Ausbildung muss eine anerkannte Abschlussprüfung stehen. Diese Prüfung soll weiterhin zentral bei den dafür zuständigen Stellen bundeseinheitlich erfolgen.

Jugendliche mit **mangelnder Ausbildungsreife** müssen die Möglichkeit haben, sich durch den Abschluss von **zertifizierten Ausbildungsmodulen nachträglich** zu qualifizieren. **Höhere Bildungsabschlüsse** sind nach wie vor die beste Chance für einen erfolgreichen Beruf und sozialen Aufstieg. Dieser Aufstieg muss für Leistungswillige und Leistungsfähige leichter möglich werden.

Die betriebliche Weiterbildung soll auch weiterhin staatlich gefördert werden. Das Prinzip des Vollberufs soll beibehalten werden. Dem stehen Modulausbildungsgänge für Qualifikationen unterhalb des Vollberufs nicht entgegen. Die hochwertigen Kompetenzprofile des Facharbeiters/ Gesellen und Meisters sollen erhalten werden.

Familien müssen auf die Zukunft vertrauen können

Die FDP setzt sich für die **Stärkung der Kinderrechte** ein: Das Grundgesetz berechtigt und verpflichtet vorrangig Mütter und Väter für die Kinder zu sorgen, doch legt es zugleich dem Staat auf, über die Ausübung von Elternrecht und Elternpflicht zu wachen. Denn Kinder haben ein Recht auf bestmögliche Bildung, Erziehung und Betreuung. Die FDP **fordert den Vorbehalt bei der bereits ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention aufzuheben**.

Bei **Kindeswohlgefährdung** müssen die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe angehalten werden, sich ein umfassendes Bild über den Lebensalltag von Kindern im Familienkontext zu bilden und frühzeitig präventive Hilfe anzubieten. Dies erfordert eine **angemessene personelle Ausstattung der Jugendämter**. Die **Elternkompetenz in Familien sollte durch Modelle der Frühprävention** gestärkt werden. Dies gilt auch für niedrigschwellige Angebote durch Familienhebammen und Kinderschwestern auf kommunaler Ebene.

Im Rahmen der Jugendministerkonferenz sollten **einheitliche Standards für die Kinder- und Jugendhilfe** festgelegt werden. Die **Qualität der Kinder- und Jugendhilfe sollte in regelmäßigen Abständen evaluiert und die Dienst- und Fachaufsicht gestärkt werden**. Es ist zu prüfen, inwieweit im Bereich der **Jugendhilfe eine Aufgabentrennung zwischen der Entscheidung über Maßnahmen und deren Vollzug möglich ist**, um eine von finanziellen Erwägungen der Kommune unabhängige Entscheidung abzusichern.

Jugendkriminalität:

Bei der **Bekämpfung der Jugendkriminalität** setzt die FDP auf eine Politik der Vernunft und nicht auf Populismus. **Das breite Instrumentarium des Jugendstrafrechts muss dazu konsequent angewendet werden**. Die Strafe muss auf dem Fuße folgen. Hierfür ist in erster Linie eine **bessere Vernetzung von Polizei, Justiz, kommunaler Jugendhilfe, Jugendgerichtshilfe und Schule vor Ort notwendig, wie sie beispielsweise durch so genannte Häuser des Jugendrechts in den Kommunen** realisiert werden kann. Die FDP ist auch für den **Ausbau der pädagogischen Reaktionsmöglichkeiten auf Fehlverhalten Jugendlicher durch den Warnschussarrest**. Der **Warnschussarrest soll neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe oder einer Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe angeordnet werden können** und dem Jugendlichen so deutlich machen, dass sein schwerer Rechtsverstoß nicht ohne jede unmittelbare Folge bleibt. Besonders wichtig ist der **Ausbau der Prävention**. Die FDP will die Ursachen für die Kinder- und Jugendkriminalität bekämpfen und beseitigen. Auch hier ist eine **bessere Vernetzung aller Beteiligten auf Seiten der Polizei, Justiz, Jugendhilfe und Schule, aber auch die Einbeziehung von Eltern von Nöten**. Der zu beobachtenden Verrohung der Gesellschaft insbesondere bei Jugendlichen muss verstärkt entgegengewirkt werden. Der Verhinderung von Gewaltverbrechen durch Bekämpfung der Ursachen von ausufernder Gewalt gilt unser ständiges Augenmerk.

Das Ziel, dass die Täter künftig ein Leben ohne Straftaten führen, muss bereits im Jugendstrafvollzug engagiert verfolgt werden. Es darf daher **im Jugendstrafvollzug keine finanziellen und personellen Einsparungen** geben, die dieses Vollzugsziel gefährden. Auch die erweiterten Möglichkeiten der **Führungsaufsicht** können gerade für jugendliche Straftäter eine geeignete Alternative zur Sicherungsverwahrung sein.

Ehrenamt

Die FDP will daher **vorhandene Potentiale für ehrenamtliches Engagement besser erschließen und zum Beispiel mehr Plätze bei den Jugendfreiwilligendiensten (FSJ) schaffen**, wo bereits heute die Nachfrage nach diesen Plätzen weit über dem verfügbaren Angebot liegt. Gleichzeitig müssen mehr reguläre Arbeitsverhältnisse bei den heutigen Einsatzstellen von Zivildienstleistenden eingerichtet werden. Hierfür will die FDP für einen begrenzten Zeitraum **Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt gewähren**, das heißt die **Haushaltsmittel für den Zivildienst sollen für gezielte Beschäftigungsförderung im Sozialbereich und zum Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements** umgewidmet werden.

Es darf daher im **Jugendstrafvollzug keine finanziellen und personellen Einsparungen** geben, die dieses Vollzugsziel gefährden. Auch die erweiterten Möglichkeiten der Führungsaufsicht können gerade für jugendliche Straftäter eine geeignete Alternative zur Sicherungsverwahrung sein.

(...)

Für Liberale ist bürgerschaftliches Engagement Ausdruck einer lebendigen Bürgerkultur. Bürgerschaftliches Engagement braucht den ermöglichenden, nicht den gewährenden Staat. Ziel der FDP ist die **Schaffung von Freiräumen für bürgerschaftliche Organisationen**. Hürden, wie die **verschuldensunabhängige Haftung ehrenamtlich tätiger Vereinsvorstände**, sind abzubauen. Die FDP will neue **innovative Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements** fördern. Hierzu gehört eine das **Engagement unterstützende Infrastruktur wie Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros**. Regelmäßig ehrenamtlich tätige Bürger sollen **Zertifikate** erhalten, diese sollen bei der **Einstellung in den öffentlichen Dienst und bei Beförderung** sowie in der Schule bei Zeugnissen berücksichtigt werden.